

KOMMENTAR

## Internet – Betriebssystem der globalisierten Welt?

Von Peter Altmaier



**Peter Altmaier**  
Erster Parlamentarischer  
Geschäftsführer

Unsere Fraktion hat maßgeblich bewirkt, dass der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingesetzt hat. Diese Kommission wird die kaum absehbaren Wirkungen des Internet auf unser Leben und unsere Gesellschaft untersuchen. Viele Szenarien der Zukunft des Internet beschreiben unwäl-

zende Veränderungen des individuellen Verhaltens, der gesellschaftlichen Bindungskräfte und der Autorität staatlichen Handelns. Schon die heutigen sozialen Netzwerke gelten als Revolution, weil sie als allumfassender virtueller Marktplatz, auf dem man sich trifft, redet und einkauft, das Kommunikationsverhalten vieler Menschen radikal verändern. Allein das soziale Netzwerk Facebook hat in den letzten drei Monaten mehr als 50 Millionen neue Mitglieder bekommen. Studien zeigen, dass diese sozialen Netzwerke für die Wirtschaft große Bedeutung haben, weil sie umfassende Öffentlichkeit herstellen und weil Menschen vor allem Empfehlungen aus ihrem Umfeld vertrauen. Die damit korrespondierende Diskussion um freie und zu bezahlende Inhalte im Netz wirft die Frage auf, ob das Internet tatsächlich eine eigene werthaltige Ökonomie entstehen lassen könnte. Experten sehen etwa die Möglichkeit eines virtuellen Bildungsmarkts, der die schulische und universitäre Ausbildung in Bedrängnis bringen könnte. Chancen und Probleme wirft auch die sich schon heute abzeichnende Bildung virtueller Gesellschaften auf, deren Angehörige überall leben können, solange sie nur über das virtuelle Netz miteinander verbunden sind. Die Aufgabe der Enquete-Kommission wird sein, die weitere Entwicklung des Internet zu einem globalen Betriebssystem sorgfältig zu analysieren und vor diesem Hintergrund Strategien für die politischen und gesellschaftlichen Akteure zu entwickeln.

# FRAKTION DIREKT

THEMA DER WOCHE

## Wir spannen einen Schutzschirm für die Arbeitnehmer

Der Staat hat in der Finanzkrise Enormes zur Stabilisierung der Banken geleistet. Das war notwendig. Die Wirtschaft ist auf eine funktionierende Finanzwirtschaft angewiesen. Eines darf aber nicht vergessen werden: Die unverantwortlichen Exzesse und das unzureichende Risikomanagement in der Bankenwelt haben der Gesellschaft insgesamt schweren Schaden zugefügt. Dass wir in der kommenden Sitzungswoche einen Bundeshaushalt mit einer Rekordverschuldung verabschieden müssen, ist einzig mit den Folgen des Beinahe-Zusammenbruchs der Bankenwelt vor knapp zwei Jahren zu erklären.

Die einfachen Bürger, die nie in den Genuss von Spekulationsgewinnen kommen würden, sind die Haupt-Leidtragenden der Entwicklung. Um die Ersparnisse zu sichern, mussten wir die Banken stützen. Wir von der Union waren aber schon von Beginn der Krise an der Meinung, dass wir auch darüber hinaus etwas für die Menschen tun müssen.

An diesem Freitag haben wir nun abermals ein entsprechendes Gesetzespaket verabschiedet. Mit dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz spannen wir einen Schutzschirm für Arbeitnehmer. Durch Zuschüsse des Bundes von rund 17 Milliarden Euro wollen wir die Beiträge zur Kranken-, aber vor allem zur Arbeitslosenversicherung stabil halten. Den Bürgern bleiben dadurch Belastungen erspart, weil Beitragserhöhungen weitgehend vermieden werden. Den Unternehmen wird Luft verschafft, die sie zur Erholung brauchen. Die Firmen werden leichter Arbeitsplätze erhalten können. Das Paket ist nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom Jahresbeginn mit Steuerentlastungen von 21 Milliarden Euro ein zweiter wichtiger Schritt der christlich-liberalen Koalition zur Abmilderung der Krisenfolgen - im Sinne der Bürger, aber auch im Sinne der Wirtschaft. Natürlich geschieht dies auf Kosten einer höheren Neuverschuldung. Nur: Das Paket ist alternativlos. Die Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden, auch wenn die Wachstumsprognosen und die Entwicklung des Arbeitsmarkts befriedigend sind. Die Politik muss aber weiter die Grundlagen schaffen, damit die Wirtschaft langsam wieder das Niveau erreichen kann, das sie vor der Krise hatte. Bei all dem werden wir die Ursachen der Krise nicht vergessen. Für die Unions-Fraktion ist die effektive Regulierung des Finanzsektors ein Hauptanliegen. Dabei wird auch zu überlegen sein, ob die Bankenwelt einen direkten Anteil an der Bewältigung der Krisenkosten tragen muss.



**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

## Schutzschild für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



**Norbert Barthle**  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe Haushalt

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise reißt spürbare Lücken in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 wurde daher vereinbart, die Beiträge von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Arbeitgeber und damit die Lohnnebenkosten, zur Überwindung der Krise stabil zu halten. Es soll ein Schutzschirm für Arbeitnehmer in der Krise aufgespannt werden.

Das in dieser Woche vom Bundestag verabschiedete Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz spannt diesen Schutzschirm auf:

- Im Bereich der Arbeitslosenversicherung wird das zum Jahresende 2010 zu erwartende Defizit der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr als rückzahlbares Darlehen, sondern als einmaliger Bundeszuschuss in Höhe von 12,8 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2010 der Bundeszuschuss einmalig um zusätzliche 3,9 Mrd. € aufgestockt. Daran werden die landwirtschaftlichen Krankenkassen mit einem Teilbetrag von rd. 23 Mio. € beteiligt.
- Wer während seiner Erwerbstätigkeit nachhaltig für das Alter vorgesorgt hat, soll nicht während einer verhältnismäßig kurzen Zeit der Erwerbslosigkeit auf Teile seiner Vorsorge zurückgreifen müssen. Neben der gesetzlichen und der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge soll dieser Schutz in stärkerem Umfang als bisher auch für Ansprüche gelten, mit denen unwiderruflich für das Alter vorgesorgt wurde. Das Schonvermögen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird daher verdreifacht, indem die Freibeträge von 250 € auf 750 € pro Lebensjahr angehoben werden.

- Für die gesetzliche Krankenversicherung werden im Jahr 2010 konjunkturbedingte Mindereinnahmen erwartet. Zur Kompensation ist es als gesamtstaatliche flankierende Maßnahme erforderlich, der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2010 einmalig zusätzlich aus dem Bundeshaushalt Mittel in Höhe von 3,9 Mrd. € zur Verfügung zu stellen. Damit belaufen sich die Zuschüsse des Bundes an den Gesundheitsfonds im kommenden Jahr auf nunmehr insgesamt 15,7 Mrd.
- Ein „Grünlandmilchprogramm“ des Bundes stützt die Einkommen der von der Krise betroffenen Milcherzeuger, insbesondere der Erzeuger auf Grünlandflächen. Dafür sind für die Jahre 2010 und 2011 Mittel in Höhe von 300 Mio. € vorgesehen. Ferner stellt die Europäische Union (EU) im Rahmen der Einheitlichen Gemeinsamen Marktorganisation als Krisenmaßnahme für den Sektor Milch und Milcherezeugnisse insgesamt weitere 300 Mio. € zur Verfügung (sog. EU-Milchprogramm), von denen auf Deutschland etwa 61 Mio. € entfallen werden. Diese Mittel werden für eine zusätzliche Grünlandprämie für Milchviehhalter, die bereits im Jahr 2009 von der Krise des Milchmarktes betroffen waren, verwendet. Gleichzeitig erhöht der Bund seinen Zuschlag an die Landwirtschaftliche Unfallversicherung um 100 Mio. €, um Beitragserhöhungen zu vermeiden. Zusätzliche Mittel für ein Liquiditätsprogramm für Landwirte in Höhe von 25 Mio. € werden zur Verfügung gestellt.

Mit diesem Gesetz runden wir den Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Krise in einem wesentlichen Bereich zu Gunsten insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab. Wir leisten dadurch einen Beitrag zur Stabilisierung der Nachfrage durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gleichzeitig werden die Lohnnebenkosten begrenzt. Auch dies ist ein Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir schaffen damit eine gute Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung und zur Überwindung der Krise.

## Politisches Geschäft mit der Angst der Menschen



**Maria Flachsbarth**

Vorsitzende des  
Untersuchungsausschusses  
Gorleben



**Reinhard Grindel**

Obmann im  
Untersuchungsausschuss  
Gorleben

Aus dem heißen Dampf, den SPD-Chef Sigmar Gabriel in Sachen Gorleben vor der Bundestagswahl gemacht hat, ist ein laues Lüftchen geworden, an dem sich nach der Wahl kaum noch jemand bei Rot-Grün erwärmen kann. Über sechs Monate hat es gedauert, bis die Oppositionsfraktionen im Bundestag jetzt doch noch einen „Gorleben“-Untersuchungsausschuss beantragt haben.

Im Kern geht es um den Vorwurf, die „Regierung Kohl“ habe 1983 unzulässig auf ein Gutachten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) eingewirkt. Dadurch seien fachliche Bedenken gegen die Geeignetheit des Salzstocks Gorleben und der Vorschlag für eine Erkundung eines alternativen Standorts nicht in das Gutachten eingeflossen.

Gabriel hatte dies kurz vor der Wahl als einen Skandal bezeichnet, der „so schlimm ist wie die Parteispendenaffäre“ und hatte Gorleben für „politisch tot“ erklärt.

Schon die erste Durchsicht öffentlich zugänglicher Quellen lässt erkennen, weshalb die Oppositionsfraktionen so zögerlich an das Thema Gorleben-Untersuchungsausschuss herangehen.

Sowohl im sogenannten Ausstiegsvertrag der rot-grünen Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen 2001 als auch in vielen anderen Dokumenten des damals von Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel geführten Bundesumweltministeriums wird dem Standort Gorleben die „Eignungshöflichkeit“ bescheinigt.

Auch die 1983 Verantwortlichen im PTB bestreiten, dass die wissenschaftliche Aussage ihres Gutachtens verändert worden sei und bestätigen, dass Gorleben – vorbehaltlich der untätigen Erkundung – grundsätzlich als Endlager geeignet ist.

Außerdem gibt es bis heute keinen Beleg, dass im Mai 1983 in die Erörterungen des Gutachtens verantwortliche Politiker der damals neuen Bundesregierung einbezogen waren, geschweige denn Einfluss genommen haben. Die Regierung Kohl war erst im Oktober 1982 ins Amt gekommen und bei der Bundestagswahl im März 1983 bestätigt worden. Die Beamten, die das Thema Gorleben damals verantworteten, stammten noch aus der Regierung Schmidt. Aus Kabinettsvorlagen der damaligen Zeit geht eindeutig hervor, dass der Standort Gorleben ergebnisoffen erkundet werden sollte.

Dass auf eine Erkundung an weiteren Standorten verzichtet wurde, hat nachvollziehbare Gründe. Die Bürger sollten dadurch nicht den Eindruck gewinnen, als ob die Regierung selbst an der grundsätzlichen Eignung des Standorts Gorleben zweifeln würde. Außerdem wollte man heftige Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei, wie es sie damals im Wendland gab, an weiteren Standorten vermeiden. Zahlreiche SPD-Politiker aus Bayern und Baden-Württemberg vertraten in dieser Zeit übrigens auch die These, Gorleben solle erst einmal zu Ende erkundet werden, bevor man in anderen Bundesländern neue Standorte prüft.

Die Opposition will den Auftrag des Untersuchungsausschusses denn auch deutlich ausweiten gegenüber dem eigentlichen Sachverhalt - Einflussnahme auf PTB-Gutachten -, den Gabriel im Wahlkampf skandalisieren wollte. Jetzt soll die ganze Geschichte des Endlagers Gorleben aufgearbeitet werden. Der taktische Hintergrund für dieses Vorgehen ist leicht durchschaubar: der Untersuchungsausschuss soll als störende Begleitmusik der aktuellen Debatte über das Ende des rot-grünen Moratoriums und über die Wiederaufnahme der Erkundung in Gorleben dienen, für die Umweltminister Norbert Röttgen öffentliche Transparenz und eine Begleitung durch international anerkannte Wissenschaftler angekündigt hat. Die Sicherheitskriterien werden aktualisierten Standards entsprechen.

Den Oppositionsfraktionen geht es nicht um die Aufklärung des Sachverhalts, den Dampfplauderer Gabriel zu Wahlkampfzwecken missbrauchen wollte, sondern um eine Diskreditierung des Endlagers Gorleben und damit eine Delegitimierung der Kernenergie schlechthin. Das aber ist ein politisches Geschäft mit der Angst der Menschen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird durch eine sachliche Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss dafür sorgen, dass das Vertrauen der Menschen in die Zuverlässigkeit von atomrechtlichen Entscheidungen gestärkt wird.

## Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingesetzt



**Michael Kretschmer**  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender



**Axel E. Fischer**  
Vorsitzender der  
Enquete-Kommission



**Jens Koeppen**  
Obmann

Der Bundestag hat am Donnerstag die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingesetzt. Auf Initiative der CDU/CSU haben sich Koalition und Opposition auf einen gemeinsamen Einsetzungsantrag geeinigt, der die Arbeitsaufträge in den Themenbereichen Medien, Wirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz, Bildung, Recht und Gesellschaft benennt.

Das Internet ist ein Teil unseres Lebens geworden. Für Bürger, Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand unseres Landes. Dies hat Folgen für die Gesellschafts-, Bildungs- und Rechtspolitik, die in der Enquete-Kommission näher beleuchtet werden sollen.

Bis zum Sommer 2012 sollen Ergebnisse der Arbeit vorliegen. Vorsitzender des Gremiums wird Axel E. Fischer. Zum Obmann der CDU/CSU-Fraktion wurde am Dienstag Jens Koeppen gewählt.

Mit dieser Enquete-Kommission wollen wir einen mutigen Schritt zu einer breiten Bürgerbeteiligung wagen.

Es gilt, den Kreis der 17 Sachverständigen um einen weiteren Experten zu erweitern: Der Bürger soll als 18. Sachverständiger eine zentrale Rolle in der Arbeit dieser Kommission einnehmen. Ziel ist nicht, über die Nutzer des Internets zu reden, sondern mit ihnen. Dies soll auf breiter Ebene – in Blogs, Foren und sozialen Netzwerken – geschehen.

Ziel der Enquete-Kommission soll es sein, nationale Anstöße zu liefern, um auf europäischer und globaler Ebene zu gemeinsamen Internet-Standards zu gelangen. Ein globales Medium wie das Internet braucht globale Antworten, um Persönlichkeitsrechte, Selbstbestimmung und Chancengleichheit wirksam zu garantieren und zu schützen.

Die Enquete-Kommission besteht aus 17 Abgeordneten und 17 Sachverständigen. Beide Gruppen arbeiten in ihr als gleichberechtigte, stimmberechtigte Mitglieder. Auf die CDU/CSU entfallen sechs. Enquete-Kommissionen werden nach der Geschäftsordnung des Bundestages zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe eingesetzt.

## Der Bologna-Prozess: Auf dem richtigen Weg



**Albert Rupprecht**

Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe  
Bildung und Forschung

Mit dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und FDP „Bologna-Prozess vollenden – Länder und Hochschulen weiter unterstützen“ haben wir die Bundesregierung diese Woche aufgefordert, weiter engagiert für die Vollendung des gemeinsamen europäischen Hochschulraumes einzutreten. Länder und Hochschulen müssen bei der weiteren Umsetzung der Bologna-Reformen unterstützt und verlässliche Perspektiven für die Verbesserung der Qualität der Lehre geschaffen werden.

In einem Pressegespräch, das diese Woche zum Thema stattfand, waren sich der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Rupprecht, der zuständige Berichterstatter Tankred Schipanski sowie die Vorsitzende des Bundestagskulturausschusses, Monika Grütters, darüber einig, dass der Bologna-Prozess auf einem guten Weg sei. Dies zeigten die bisher vorliegenden Ergebnisse von zwei zentralen Studien, der Studie des Hochschul-Informationssystem (HIS) „Studienberechtigte 2008“ und der Studie des Bundesbildungs- und -forschungsinstituts „Bachelor-Studierende – Erfahrungen in Studium und Lehre“.

Besonders erfreulich und – vor allem für Skeptiker aus Opposition und Öffentlichkeit – überraschend, so Rupprecht, seien die neuen Erkenntnisse über die überproportionale Zunahme der Studienbereitschaft von Hochschulabsolventen bildungsfernerer Schichten. Die „Schere“ zwischen Abiturienten bildungsnaher und bildungsferner Schichten habe sich in Bezug auf die Studentenzahlen erheblich geschlossen, betonte auch Monika Grütters. Zudem sei die Anzahl der Studienabbrecher enorm zurückgegangen und das Berufseintrittsalter sei gesenkt worden. Dies sei eine erfolgreiche

Zwischenbilanz und zeige, wie richtig es gewesen sei, dass die Bundesregierung den Bereich Bildung und Forschung Priorität eingeräumt habe. Die gewählten Instrumente seien geeignet, um die bildungspolitischen Ziele der Koalition zu verwirklichen.

Gute Politik beginne, so Rupprecht weiter, mit dem Erkennen der Realität. Aus den Ergebnissen der Studien gehe hervor, wie der bildungspolitische Sprecher betonte, dass viele negative Aussagen zum Studium in Deutschland sich in den Untersuchungen nicht bestätigten. Tatsächlich gebe es, so das Ergebnis der Studien, bei den Studienanfängern keine signifikanten Unterschiede mehr zwischen Ost und West. Auch die finanzielle Lage der Studierenden habe sich durch die Studienfinanzierungsstrategie der Bundesregierung, bestehend aus BAföG, Stipendien und Studienkrediten, verbessert. Studiengebühren hätten keinen signifikanten Einfluss auf die Studienbereitschaft. Auch gebe es keinen Nachweis, dass Bachelor-Absolventen schlechtere Berufschancen als Kommilitonen mit anderen Abschlüssen hätten. Zudem seien – anders als dem subjektiven Überforderungsgefühl der Studenten entnommen – die studienbezogenen Belastungen der Bachelor-Studenten nicht gleichzusetzen mit der von Master- und Diplomstudiengängen. Feststellen lasse sich auch, dass mehr als drei Viertel der Studierenden ihr Studium ohne Verzug abschließen. Die Zufriedenheit der Studierenden mit Inhalt, Durchführung und Betreuung sei – ebenfalls entgegen aller Annahmen – sehr hoch. Der Bachelor-Abschluss habe also zu Unrecht ein negatives Image.

Schipanski stellte heraus, dass „Strukturiertes Lernen in Hochschulen“ zentraler Bestandteil sein solle, um das Ziel des Bologna-Prozesses zu erreichen. Es gelte, die grundlegende Trias aus einem Qualitätspakt zur Lehre, dem Mobilitätspakt und der Vereinheitlichung der Akkreditierungskriterien von Studiengängen zu verfolgen. Übergeordnetes Ziel sei es, die Akzeptanz und das Ansehen der Studiengänge zu verbessern, wofür auch die Wirtschaft einbezogen werden solle. Bund und Länder seien aufgefordert, weiterhin konstruktiv zusammenzuarbeiten. Insgesamt zeige sich, dass wir auf dem richtigen Weg seien, die Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen.

# Steuerpolitik der Koalition stärkt Wachstum und Beschäftigung



**Leo Dautzenberg**  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe Finanzen

Mit dem am Freitag verabschiedeten Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften im Deutschen Bundestag hat die Koalition erneut ihre steuerpolitische Handlungsfähigkeit bewiesen. Wir setzen mit diesem Gesetz nicht nur zwingende EU-rechtliche Vorgaben um, sondern ergreifen auch weitere konjunkturstarke Maßnahmen, die in der letzten Wahlperiode von unserem alten Koalitionspartner blockiert worden waren. Nachdem wir bereits im vergangenen Jahr das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erfolgreich auf den Weg gebracht haben, gibt nun auch dieses zweite Steuergesetz der christlich-liberalen Koalition wichtige Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Zur Stärkung des Postmarktes wird die bislang geltende exklusive Umsatzsteuerbefreiung für unmittelbar dem Postwesen dienende Umsätze der Deutschen Post AG zum 1. Juli 2010 aufgegeben. Damit schaffen wir mehr Wettbewerb im Interesse der Verbraucher und leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Konjunktur. Entsprechend unserem Koalitionsvertrag bleibt dabei die Grundversorgung der Bürger mit Postdienstleistungen auch weiterhin umsatzsteuerfrei. Dafür hatte die Union von Anfang an Sorge getragen.

Ein weiterer wichtiger Wachstumsimpuls erfolgt mit der Konkretisierung der Besteuerung von sogenannten Funktionsverlagerungen. Damit führen wir das deutsche Unternehmenssteuerrecht an die internationalen Standards heran und schaffen bessere Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung gerade im Zukunftsbereich von Forschung und Entwicklung. Steuerausfälle sind dabei nicht zu erwarten, im Gegenteil: Mit dieser Maßnahme stärken wir die Steuerbasis in Deutschland, indem neue Investitionen erleichtert werden. Zu den Gewinnern dieser Maßnahme werden damit insbesondere die Kommunen gehören.

Eine weitere wichtige Maßnahme zur Stärkung der Konjunktur ist die zielgenaue Ausgestaltung des sogenannten gewerbesteuerlichen Bankenprivilegs für Leasing- und Factoringunternehmen. Damit erreichen wir, dass diese wichtigen Mittelstandsfinanzierer bezüglich ihrer Finanzierungsaufwendungen, die auf die Finanzierungsdienstleistungen entfallen, die gleichen gewerbesteuerlichen Rahmenbedingungen erhalten wie Kreditinstitute. Das wird sich positiv auf die Finanzierungsbedingungen der mittelständischen Wirtschaft auswirken.

Besonders hervorzuheben ist schließlich noch die spürbar verbesserte steuerliche Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen und damit einhergehend natürlich auch eine entsprechende Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen. Bislang sieht die hier bestehende Steuerfreiheit bis 360 Euro vor, dass die Vermögensbeteiligung als freiwillige Leistung zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn überlassen wird. Nun gilt diese steuerliche Begünstigung auch dann, wenn die Vermögensbeteiligung durch Entgeltumwandlung finanziert wird.

## Höheres Risiko von Altersarmut für Frauen



**Ingrid Fischbach**  
Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende

Am Montag, den 8. März, wird weltweit der Internationale Frauentag begangen. Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Ingrid Fischbach, äußert sich in einem Gespräch mit „Fraktion direkt“ zu den besonderen Gefahren für Frauen in Krisenregionen und den hierzulande bestehenden Risiken der Altersarmut.

*Fraktion direkt: Frau Fischbach, in welchen Regionen der Welt sind die Frauen derzeit am meisten gefährdet?*

Fischbach: Die größte Gefährdung für Frauen besteht zurzeit vor allem in den aktuellen Kriegs- und Krisengebieten. Ich denke hier insbesondere an die Frauen in Afghanistan, im Kongo oder auch in Liberia. Gerade in kriegerischen Auseinandersetzungen sind Frauen und Mädchen sehr oft die Leidtragenden. Ihr Schutz muss gewährleistet sein, ihre Rechte müssen gestärkt werden. Ein wichtiges Signal hierfür ist die Resolution 1325 der Vereinten Nationen, die am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Diese fordert nicht nur die Sensibilisierung des eingesetzten militärischen Personals, sondern auch die stärkere Beteiligung von Frauen bei Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und dem Wiederaufbau.

*Fraktion direkt: Aber auch anderswo werden Frauen in ihren Rechten massiv verletzt.*

Fischbach: Leider ist das so. Frauen gehören in vielen Ländern immer noch zu den schwächsten Teilen der Gesellschaft und werden überproportional häufig in ihren elementaren Rechten verletzt. Sie werden von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, unter dem Vorwand der Tradition von Bildung ferngehalten, Opfer von Genitalverstümmelung oder aus vermeintlichen Gründen der Ehre, sogar getötet. Weltweit sind 12 Millionen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, Opfer von Menschenhandel. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

*Fraktion direkt: In Deutschland erhalten Frauen für gleiche Arbeit immer noch weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen?*

Fischbach: Die Ursachen für Lohnunterschiede sind vielfältig. Sicherlich spielt schon die Ausbildungs- und Berufswahl eine große Rolle. Frauen wählen tendenziell eher typische Frauenberufe, die traditionell schlechter

bezahlt werden als typische Männerberufe. Für mich persönlich ist es immer noch unverständlich, warum die Arbeit eines Bauarbeiters höher bewertet wird als die einer Krankenpflegerin.

Aber auch die familienbedingten Erwerbsunterbrechungen spielen bei der Lohnungleichheit eine große Rolle: Frauen werden nach Unterbrechungsphasen oftmals zu weitaus schlechteren finanziellen Bedingungen wiederingestellt, den Einkommensvorsprung ihrer männlichen Kollegen holen sie nur selten auf. Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Familie und Beruf sind ebenso eine Ursache wie die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen.

*Fraktion direkt: Warum haben Frauen immer noch ein höheres Risiko der Altersarmut?*

Fischbach: Frauen legen oftmals familienbedingte Erwerbspausen ein und arbeiten insbesondere nach einer erziehungsbedingten beruflichen Auszeit nicht mehr Vollzeit in ihrem ursprünglichen Beruf. Im Jahr 2009 waren nur 37 Prozent der Frauen vollzeitbeschäftigt. Dem standen 83 Prozent Teilzeitbeschäftigte gegenüber. Ein großes Problem, dem wir uns auch in Zukunft nicht verschließen dürfen, ist die Problematik der nicht sozialversicherungspflichtigen Mini- und Midijobs. Der Frauenanteil liegt hier bei mehr als 60 Prozent, bei den Beschäftigten in Privathaushalten bei über 90 Prozent. Dies trägt nicht nur zum Armutsrisiko in der Erwerbsphase, sondern vor allem auch im Alter bei. Ganz zu schweigen von den dadurch spärlichen Möglichkeiten der betrieblichen sowie privaten Altersvorsorge.

*Fraktion direkt: Was muss die Politik vorrangig tun, um die Lage der Frauen zu verbessern?*

Fischbach: Wir müssen eine Gleichstellungspolitik in den nächsten Jahren fortführen, die die Risiken in den Lebensläufen und Erwerbsbiographien erkennt und Lösungen findet, die diese Risiken abfedern. In den letzten Jahren haben wir durch die Einführung des Elterngeldes, die damit verbundenen Partnermonate und den gezielten und massiven Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige bereits einige politische Meilensteine gelegt. Nun gilt es, familien-, gleichstellungs- und vor allem auch kinderfreundliche Rahmenbedingungen weiter auszubauen, damit durch echte Wahlfreiheit eine Entscheidung für Kinder und Beruf leichter wird. Dazu zählen unter anderem der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, die Weiterentwicklung des Elterngeldes, die Bekämpfung der Ursachen der Entgeltungleichheit und die Erarbeitung eines Rahmenplans zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs.

### Zahl der Studienberechtigten 2009 um 1,2% gestiegen

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, haben im Jahr 2009 nach vorläufigen Ergebnissen rund 447 200 Schülerinnen und Schüler in Deutschland die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben. Das waren 1,2% (+ 5 200) mehr als im Vorjahr.

Aufgrund der Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre erwarben im Saarland im Jahr 2009 zwei Schuljahrgänge die Hochschulreife. Dies führte dort zu einer starken Zunahme der Anzahl der Studienberechtigten um 47,0%. Dem stand in Mecklenburg-Vorpommern ein Rückgang um 46,2% gegenüber. Dort waren bereits im Jahr 2008 zwei Schuljahrgänge aufgrund der Verkürzung der Schulzeit aus den Gymnasien entlassen worden. In Sachsen-Anhalt, wo bereits 2007 gleichzeitig Absolventinnen und Absolventen der 12. und 13. Jahrgangsstufe das Gymnasium verlassen hatten, war der Rückgang mit - 17,4% im Jahr 2009 gegenüber 2008 noch immer spürbar.

In den Ländern, die keine doppelten Entlassungsjahrgänge in den Jahren 2007 bis 2009 hatten, lag die Zahl der Studienberechtigten um 2,6% (+ 10 700) über der des Vorjahres.



Zeichnung: Plassmann

Dabei verlief die Entwicklung unterschiedlich: Während in Thüringen (- 9,1%) und Sachsen (- 7,2%) die Studienberechtigtenzahlen deutlich zurück gingen, stiegen sie vor allem in Hamburg (+ 9,0%), Baden-Württemberg (+ 7,3%) und Rheinland-Pfalz (+ 7,0%) stark an.

Mit einem Anteil von 70,0% erwarb die Mehrheit der Studienberechtigten die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (313 300); 133 900 Absolventen und Absolventinnen erlangten die Fachhochschulreife. Von den Studienberechtigten des Jahres 2009 waren 53,1% Frauen und 46,9% Männer. Vor allem bei den Absolventen mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife war der Männeranteil mit 44,9% gering; bei den Absolventen mit Fachhochschulreife stellten die Männer hingegen mit 51,6% die Mehrheit.

### IMPRESSUM

Herausgeber  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Dr. Kristin Pokorny  
(verantw.)  
Christine Maier (Layout)  
Telefon (030) 227 53015  
Telefax (030) 227 56660

### TERMINE

- 08./09.03.2010 Gespräch mit Vertretern verschiedener Kommission in Brüssel
- 08./09.03.2010 Klausurtagung der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 11./12.03.2010 Klausurtagung der Arbeitsgruppe Gesundheit
- 15.-19.03.2010 2./3. Lesung Haushaltsgesetz 2010